



BURMA REPORT

Juni 2011

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 97

Free all political prisoners, free Burma.

Peace Nyeinchanye <nyeinchanye@googlemail.com>

The best friend -

www.thebestfriend.org

Alexandra Rösch <a.roesch@green-pix.de>

"Angst herrscht noch überall" -

Alexandra Rösch - 12.05.2011

<<http://www.thebestfriend.org/2011/05/12/%e2%80%9cfear-is-still-everywhere/#more-8829>>

"Nichts hat sich bisher geändert. Angst regiert noch überall. Solange diese Angst die Menschen noch beherrscht, können wir nicht sagen, dass ein wirklicher Wandel in diesem Land stattgefunden hat," sagte Aung San Suu Kyi in einem Live-Telefongespräch über "Die Zukunft Burmas" zu Studenten der Hertie School of Governance am 10. März 2011 in Berlin.

Die burmesische Pro-Demokratie-Führerin und Nobelpreisträgerin hatte sich vor einigen Wochen an die Hertie School gewandt und ihr Interesse an einem Gespräch mit den Studenten bekundet. Die Hertie School bereitet überragende Studenten für Führungspositionen in Regierung, Wirtschaft und Gesellschaft vor.

Nach einem Gespräch des Podiums, bestehend aus Studenten und Lehrern der Hertie School, beantwortete Aung San Suu Kyi die Fragen der 150 Teilnehmer, meist Studenten, im Publikum.

Sie erklärte, dass die 3 Hauptpunkte für einen wirklichen Wandel die folgenden wären:

1. ein freies Rechtssystem
2. die Herstellung öffentlicher Ordnung
3. freie Meinungsäußerung.

Punkt 1 und 2 gehören zusammen, sagte sie. Wenn das erreicht werden könnte, müssten alle politischen Gefangenen entlassen werden.

Auf die Frage "Wie kann dem burmesischen Volk geholfen werden?", ermutigte Aung San Suu Kyi alle, diejenigen NGOs zu unterstützen, die nicht mit dem derzeitigen burmesischen Regime zusammenarbeiten. "Die Zivilgesellschaft in Burma stärken", sagte sie "besonders die jungen Menschen wollen sich nicht auf die Regierung verlassen. Und Hilfe

für die Erziehung. In unserem Land gibt die Regierung mehr als 40% des Einkommens für die Verteidigung aus und weniger als 10% für Erziehung."

"Diejenigen, die einen Internet-Zugang haben, haben die arabischen Aufstände mitbekommen und stellen dazu viele Fragen. Aber noch nicht alle haben die Möglichkeit, ins Internet zu kommen. Besonders in den ländlichen Gebieten haben die Menschen keinen Zugang zu irgendwelcher Information," sagte sie. "Und viele Menschen haben noch Angst, öffentlich über Politik zu sprechen".

Nach fehlender Einigkeit in der burmesischen Pro-Demokratie-Bewegung gefragt, antwortete sie: "Wir müssen nicht allem zustimmen, um zusammenzuarbeiten." Als später nochmals über Einigkeit gesprochen wurde, fügte sie hinzu, dass es gut wäre, wenn sich die EU-Mitgliedsstaaten im Punkt Burma einig wären. "Auch in der EU herrscht keine Einigkeit."

Zur öffentlich Auflösung ihrer Partei, der NLD (National League for Democracy) bemerkte sie: "Es war uns nie möglich, frei zu arbeiten, selbst nicht als eingetragene Partei. Unsere Büros wurden in der Vergangenheit geschlossen. Deshalb besteht jetzt kein wirklicher Unterschied."

Ashin Kovida berichtete ihr über die Situation der Flüchtlingslager an der thailändisch-burmesischen Grenze und dass es gut wäre, wenn die Menschen in den Lagern Büchereien bekämen. Aung San Suu Kyi, sagte, dass sie "mit ihrem Schatzmeister und der Internationalen Gemeinschaft die Einrichtung von Büchereien in Flüchtlingslagern besprechen will".

Ein Student fragte, was sie in all den Jahren des Hausarrest aufrechterhalten hätte und was ihr den meisten Mut gegeben hätte. "Meine Kollegen", antwortete sie. "Während ich verhältnismäßig friedlich und bequem in meinem eigenen Haus leben konnte, waren sie immer noch in ihren Gefängniszellen und haben nicht aufgegeben". Nach ihrem Alter gefragt und ob sie über den Ruhestand nachdenke, antwortete sie: "Nein, darüber denke ich nicht nach. In Burma treten wir nicht in den Ruhestand".

The Irrawaddy Newsletter, May 10, 2011, news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org

The Irrawaddy - Dienstag, den 10. Mai 2011 <http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=21270>

UN-Gesandter wird Burma besuchen - KO HTWE

Wie einer offiziellen Quelle aus Naypyi-daw zu entnehmen ist, wird Vijay Nambiar, UN-Sonderbeauftragter, am Donnerstag Burma besuchen, um vor allem neue Verbindungen mit der neuen Regierung zu knüpfen.

Obwohl Burmas neuer Präsident Thein Sein noch unentschlossen ist, ob er sich mit Nambiar treffen soll, ist vorgesehen, dass Außenminister Wunna Maung Lwin ihn empfängt. Nambiar gehört zu den ersten der führenden Persönlichkeiten der UNO, der Burma nach der Vereidigung von Thein Sein besucht.

Oppositionsquellen fordern jedoch, dass die UNO die nationale Aussöhnung in Burma mit auf die Agenda setzen muss.

Ohn Kyaing, Sprecher der wichtigsten Opposition, der National League for Democracy (NLD), teilte mit, dass die pro-demokratische Führerin, Aung San Suu Kyi zusammen mit dem Führungsgremium (Central Executive Committee - CEC) sich mit dem UNO-Gesandten in ihrem Haus am See treffen wird.

Der indische Diplomat Vijay Nambiar, der unter Generalsekretär Ban Ki Moon, auch das Amt des Stabschef innehat, traf sich mit Suu Kyi am 22. November während seines ersten offiziellen Besuches in Burma. Suu Kyi bemerkte hierzu, dass die Gespräche "wertvoll" gewesen seien und wohl "viele und häufige Besuche dieser Art notwendig sein könnten, um alle die Probleme, denen wir uns gegenübersehen, bereinigen zu können".

Es ist vorgesehen, dass sich Nambiar am Freitag im Büro der Vereinten Nationen mit den Vertretern von bis zu 10 Parteien treffen wird, unter ihnen der CEC der National Democratic Front (NDF), berichtete Khin Maung Swe, ein führendes Mitglied des NDF.

... ↗

... "Nambiar möchte die Möglichkeiten der politischen Parteien ausloten, um auf den Regierungswechsel sowie das neuentstandene Parlament zu reagieren", sagte Khin Maung Swe. Er möchte auch wissen, was wir von den Versprechungen des neuen Präsidenten halten."

Zin Linn <zinlinn@cscsoms.com>, Friday, 20 May, 2011 - [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] News & Articles on Burma

The Mizzima, Freitag, den 20. Mai 2011 - <<http://www.mizzima.com/news/inside-burma/5300-suu-kyi-says-presidential-commutation-not-amnesty.html>>

Suu Kyi sagt, präsidentieller Erlass statt 'Amnestie'

Rangoon: - Achten Sie auf Ihre Sprache ... das ist die Botschaft, die Aung San Suu Kyi der burmesischen staatlichen Zeitung übermittelte, die in einer kürzlich erschienenen Schlagzeile schrieb: "Die Regierung gewährt Gefangenen Amnestie".

Burmas pro-demokratische Führerin sagte am Donnerstag, dass der Straferlass von einem Jahr für alle Gefangenen, den Präsident Thein Sein angeordnet hat, nicht "Amnestie" genannt werden sollte.

Ihre Bemerkung war Teil einer Pressekonferenz, die in ihrem Haus am See nach einem zweistündigen Treffen mit dem stellvertretenden Ministerialdirektor der USA, Joseph Yun, stattfand.

"Die Bedeutung von 'Amnestie' wird von ihnen sehr kontrovers angewandt", sagte sie. "Deshalb habe ich im Lexikon nachgesehen. Das Wort 'Amnestie' bedeutet die Anordnung einer Regierung, die es Gefangenen erlaubt, frei zu sein. Daher ist der Straferlass, den der Präsident angeordnet hat, keine Amnestie. Es handelte sich dabei lediglich um das Verdrehen von Sätzen. Es war nur eine Straferleichterung. Todesurteile wurden in Lebenslänglich verwandelt und andere Gefängnisstrafen wurden um ein Jahr verkürzt. Es handelt sich nur um eine Strafminderung und nicht um 'Amnestie', antwortete Suu Kyi auf Fragen der Journalisten.

Lt Quellen stellte Suu Kyi während ihres Treffens mit Yun ihre Meinung über die neue Regierung klar, sowie zum Thema einer Amnestie für alle politischen Gefangenen.

Suu Kyi sagte, dass sie an eine Politik der direkten Beziehungen zwischen der

burmesischen Regierung und der NLD glaube, um zu Verabredungen zu kommen, die das Land betreffen.

Sie sagte weiter, dass sie möglicherweise in zwei Monaten verschiedene Städte besuchen werde.

Am 17. Mai begann Burma im ganzen Land um die 14.600 Gefangene zu entlassen, die unter den Hafterlass von einem Jahr fallen, den Präsident Thein Sein angeordnet hat.

Nach den letzten Zahlen befinden sich 55 (0,3%) politische Gefangene unter den 14.600, hiervon sind 27 Mitglieder der NLD.

The Irrawaddy - Newsletter, Wed, May 11, 2011 news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org

The Irrawaddy,

Mittwoch, den 11. Mai 2011 -

<http://www.irrawaddy.org/opinion_story.php?art_id=21279>

Burma schaukelt das ASEAN-Boot

Leitartikel

Je nachdem wie man darauf schaut, ist die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) ein weitblickendes Unternehmen, das sich verpflichtet, Einigkeit unter den verschiedenen Mitgliedern zu schaffen, oder aber ein chaotischer Versuch, eine vereinte Front bei oft nichtzuvereinbarenden Differenzen aufzuzeigen. Zur Zeit sieht es eher nach Letzterem aus. Thailand und Kambodja gehen sich wegen ein paar Quadratkilometern Territoriums an der sonst gemeinsamen Grenze gegenseitig an die Kehle, und die ASEAN scheint machtlos zu sein, etwas dagegen zu unternehmen.

Was die ASEAN in einer Zeit wie der jetzigen braucht, ist, einen wirklichen politischen Willen an den Tag zu legen - das Vorzeigen einer Haltung von "vereint sind wir stark, getrennt unterliegen wir", die oft zu bermerken ist, wenn eines ihrer Mitglieder in die Kritik des Westens gerät. Oder, wenn das nicht möglich ist, dann wird ein Nebenschauplatz bemüht, um alle von der Tatsache abzulenken, dass der Block von seinen eigenen Mitgliedern weniger Respekt erwartet als vom Rest der Welt.

Gott sei Dank, denn Burma mit seiner neuen Regierung ist begierig, seinen Anteil beizusteuern, um die Aufmerksamkeit von der tiefen Spaltung der ASEAN abzulenken, indem es ein umstrittenes Unthema einbringt, das nur für Burma selbst von Bedeutung ist, nämlich seine Bewerbung um den Vorsitz der Gruppe

in 2014.

Burmas Premierpräsident - cum Minister, Exgeneral Thein Sein, wiederholte sein Ersuchen um den Vorsitz anlässlich seiner Teilnahme am Gipfel der ASEAN am vergangenen Wochenende in Djakarta. Es war sein erster Auslandsbesuch seit Amtsantritt im März und somit eine Einführung in die Gesellschaft für Burmas neue bürgerlich gewordene Führung.

Die Antwort der ASEAN war - ein einstweiliges Nicken der Zustimmung und zeigte, wie widerstrebend die Gruppe immer noch ist, seine bedeutendsten westlichen Partner zu verstimmen. 2006 wurde das burmesische Regime gezwungen, seinen Anspruch auf den Vorsitz aufgrund der internationalen Verurteilung seines schlechten Menschenrechtsleumundes aufzugeben und wegen der brutalen Niederwerfung von Dissidenten, unter anderem auch wegen des Angriffs auf Aung San Suu Kyi und ihre Anhänger im Mai 2003.

Obwohl einige der ASEAN-Partner willens sein mögen, Burma diesmal eine günstige Auslegung zweifelhafter Umstände zuzubilligen, im Hinblick auf die Tatsache, dass es zumindest einen Schritt von direkter Militärherrschaft zurückgewichen ist, sind andere - besonders die USA - nicht so leicht bereit, sich von Veränderungen beeindrucken zu lassen, die von vielen als reine Augenwischerei angesehen werden. Dies bedeutet, dass alles darauf hinausläuft, dass es Burma abermals gelingt, die ASEAN in eine missliche Lage zu bringen.

Im Normalfall würde es Aufgabe der ASEAN sein, einen Weg zu finden, ein Land zufriedenzustellen, von dem sie bezüglich Handel und Sicherheit sehr abhängig sind und gleichzeitig ihre internationale Solidarität zu bestätigen. Diesmal sollten es jedoch Burmas Herrscher sein, die die grösste Last zu tragen haben werden. Wenn sie darauf bestehen, dass sie für die Führung geeignet sind, dann müssen sie zeigen, dass sie das Wohl der ASEAN vor die eigenen Interessen stellen, indem sie beweisen, dass sie die Art der Regierung im eigenen Lande wirklich geändert haben.

Dies könnten sie zu allererst unter Beweis stellen, indem sie Burmas über 2000 politische Häftlinge freilassen. Dann könnten sie alle militärischen Angriffe und Menschenrechtsübertretungen in den ethnischen Gebieten stoppen. Und sie könnten Gespräche mit allen Parteien - einschliesslich Suu Kyis jetzt offiziell aufgelöster Partei, der National League for Democracy - darüber beginnen, wie eine dauernde Aussöhnung erreicht werden kann

... Als derzeitiger Vorsitzender der ASEAN kann Indonesien klar aufzeigen, welche Veränderungen für den Möchtegern-Nachfolger erforderlich sein werden, wenn es seinen Aussenminister Marty Natalegawa zu einem Besuch zur Feststellung der Tatsachen nach Burma entsendet, um die Tauglichkeit des Regimes für den Vorsitz der Gruppe festzustellen.

Sobald er in Burma sein wird, wird Natalegawa sich mit Oppositionsführern und Aktivisten treffen und selbst um Erlaubnis ersuchen, prominente inhaftierte Dissidenten zu sprechen. Er sollte auch Gebiete in den Shan- und Karen-Staaten besichtigen, wo seit Jahrzehnten weitverbreitet Menschenrechtsverletzungen stattfinden. Und um ein noch komplexeres Bild über das Ausmass der konfliktbeladenen humanitären Krise in Burma zu bekommen, sollten er und sein Team die Grenzgebiete des Landes aufsuchen und sich dort mit Flüchtlingen und Zwangsvertriebenen des Inneren treffen.

Sollte es Burma wirklich daran gelegen sein, eine prominente Rolle auf der Bühne der Region zu übernehmen, dann muss es wichtige Themen zu Hause angehen. Gleichermassen sollte die ASEAN, wenn sie nicht gänzlich irrelevant werden will, bereit sein, schwierige Themen frontal anzupacken, anstatt sie unter den Teppich zu kehren. Die Beschäftigung mit Burma wäre eine gute Gelegenheit, einen Anfang damit zu machen.

Tin Kyi <mtinkyi7@yahoo.com>
[NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK]
Burma-Related News - May 12, 2011.

AP – CBSNews - den 12. Mai 2011
<<http://www.cbsnews.com/stories/2011/05/12/ap/asia/main20062472.shtml>>

UNO-Gesandter trifft sich mit Myanmar Pro-Demokratieführerin

Rangoon, Myanmar (AP) - Myanmar Pro-Demokratieführerin, Aung San Suu Kyi, sagte, dass sie mit dem zu Besuch weilenden UNO-Sondergesandten darin übereinstimme, dass der neuen nominellen Zivilregierung des Landes die Chance gegeben werden sollte, sich unter Beweis zu stellen.

Suu Kyi sprach nach einem, wie sie selbst beschreibt, "offenen Gespräch" mit Vijay Nambiar. Obgleich ihre Partei offiziell aufgelöst wurde, wird sie immer noch als die wichtigste Persönlichkeit der

Opposition angesehen.

Sie sagte, dass beide sich einig waren, "zu warten und zu sehen, wie sich die Dinge entwickeln, aber wir wollen nicht negativ sein".

Kritiker beschuldigen die neue Regierung, nur die wiederholte neueste Ausgabe des unterdrückerischen Militärregimes zu sein, das über Jahrzehnte geherrscht hat.

Nambiar, der sich auch mit Regierungsangehörigen getroffen hat, sagte, dass die Regierung "einige sehr interessante Erklärungen" abgegeben habe, "die sehr ermutigend sind". Er führte dies jedoch nicht weiter aus.

THE BURMANET NEWS -May 13, 2011 Issue #4197,
newsletter covering Burma -
"Editor" <editor@burmanet.org>, www.burmanet.org
PRESS RELEASE - United Nations

Information Center- Yangon - May 13, 2011

<<http://reliefweb.int/node/4017102>

[utm_source=feedburner&utm_medium=feed&utm_campaign=Feed%3A+ReliefWebUpdates+%28ReliefWeb+-+Latest+Updates%29>](http://reliefweb.int/node/4017102)

Presseerklärung von Mr. Vijay Nambiar, Sonderberater des Generalsekretärs

Rangoon - Ich habe soeben in meinem Amt als Sonderberater des Generalsekretärs, einen dreitägigen Arbeitsbesuch beendet, der auf Einladung der neuen Regierung in Myanmar erfolgte. Er fand nach meinem früheren Besuch kurz nach den Wahlen im November vergangenen Jahres statt. Der Anlass meines Besuches war ein dreifacher:

Erstens, den Kontakt mit der sechs Wochen alten Regierung und anderen Interessenvertretern aufzunehmen, um Bilanz zu ziehen über die neuesten Entwicklungen und um einen umfassenden Dialog zwischen den Vereinten Nationen und Myanmar aufzubauen. Ich traf mich in Naypyidaw mit dem Aussenminister wie auch Innenminister und den Ministern für öffentliche Wohlfahrt, nationale Planung und Entwicklung, sowie mit höheren Beamten des Handelsministeriums, Gesundheit und Erziehung. Ferner traf ich mich mit dem neuernannten Berater des Präsidenten für politische, Rechts- und Wirtschaftsfragen. Treffen fanden statt mit dem zweiten Sprecher der Volksversammlung im Versammlungssaal der Union und dem Generalsekretär der Union Solidarity and Development Partei. Mit Aung San Suu Kyi traf ich mich nochmals in Rangoon, wie auch mit Mitgliedern des zentralen Leitungsgremiums, der National League for Democracy. Ferner waren Treffen mit Vertretern politischer Parteien, die im

Parlament vertreten sind, arrangiert worden, sowie mit Organisationen der Zivilgesellschaft. Heute morgen besuchte ich Bago und traf mich dort mit dem ersten Minister der Region.

Der zweite Grund meines Besuches war, eine in die Zukunft weisende Botschaft zu übermitteln. Die Vereinten Nationen begrüssen die wichtigen Themen und Reformen, die Präsident Thein Sein in seiner Antrittsrede angekündigt hat. Hierzu gehören die Anerkennung einiger der dringendsten politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, denen sich Myanmar gegenüber sieht und die Notwendigkeit, diese in einer Weise zu behandeln, dass dadurch die nationale Einheit und Aussöhnung gestärkt werden - auch nachhaltige Entwicklung und angemessenes Wachstum; gute Regierungsführung durch mehr Bereitschaft, Beteiligung, Verantwortlichkeit und Transparenz; fortgesetztes Engagement durch aufrichtigen guten Willen und die Tür für diejenigen offen zu lassen, die weder die Verfassung noch Roadmap akzeptieren; die Achtung fundamentaler Menschenrechte, der Medien und der Rechtsgrundsätze. Diese, von der Regierung erklärten Prioritäten stehen im Einklang mit den Erwartungen der Vereinten Nationen und der Internationalen Gemeinschaft.

In Anerkennung der Bedeutung der Selbstverpflichtung der Regierung müssen wir betonen, dass die Durchführung entscheidend ist. Ich unterstrich die Möglichkeit und die Verantwortung, die sich für die Regierung daraus ergeben, diese Verpflichtungen in tatsächliche Handlungen zu übertragen. Zu Hause wie auch international sind die Erwartungen gross, dass bald konkrete Schritte folgen werden. In allen meinen Treffen habe ich betont, dass hierzu die Freilassung der politischen Häftlinge gehört, wie auch ein umfassender Dialog mit allen Teilen der Gesellschaft und ein intensiveres Zugehen auf die Internationale Gemeinschaft, um sicherzustellen, dass die beabsichtigten Reformen sich einer breiten Anerkennung erfreuen. Nur dadurch kann ein grösseres Vertrauen geweckt werden, dass die unternommenen Bemühungen wirklich den seit langen gehegten Erwartungen des Volkes in Myanmar dienen werden. Es darf keine Zeit verloren gehen, wenn Myanmar nach vorankommen soll.

Drittens, habe ich die starke Verpflichtung der Vereinten Nationen der Regierung und der Bevölkerung Myanmar gegenüber wiederholt, sie in den Bemühungen, das Land im Hinblick auf einen dauerhaften Frieden, Demokratie und Wohlstand nach vorn zu bringen, zu unterstützen. Seit dem Zyklon Nargis vor drei Jahren ist die Zusammenarbeit ...

... zwischen den Vereinten Nationen und Myanmar merklich gewachsen. Ich habe mit all meinen Gesprächspartnern die Möglichkeit und die Notwendigkeit besprochen, solcherlei Bemühungen zu vertiefen und unser Engagement hinsichtlich der Förderung notwendiger Reformen auszudehnen, einschliesslich durch fortgesetzte Erleichterung und grössere Unterstützung auf den Gebieten wirtschaftlicher Entwicklung, Gesundheit, Erziehung, Kapazitätsaufbau und Menschenrechte. Die Vereinten Nationen möchten, dass Myanmar erfolgreich ist. In Zusammenarbeit mit Myanmar und der Unterstützung aller Beteiligten, einschliesslich regionaler und Geberländer, hoffen die Vereinten Nationen in der Lage zu sein, dem in vollem Ausmass nachzukommen, um so dem Volk in Myanmar besser zu dienen. Die UNO-Vertretungen wären ihrerseits besser in der Lage, den Entwicklungsnotwendigkeiten in Myanmar nachzukommen, wenn die bestehenden Einschränkungen ihrer Operationen aufgehoben würden.

The Irrawaddy, Newsletter for Monday, May 23, 2011. news@irrawaddy.org www.irrawaddy.org
The Irrawaddy, den 23. Mai 2011,
 <http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=21342>

UNO-Gesandter stellt die Selbstverpflichtungen der burmesischen Regierung in Frage

- SIMON ROUGHNEEN

Bangkok: Am Ende einer einwöchigen Mission in Thailand sprach der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen, Tomás Ojea Quintana, am Montag in Bangkok über die Menschenrechtssituation in Burma. Er sagte, "die Situation ethnischer Minderheitsgruppen in den Grenzgebieten stellt eine ernsthafte Einschränkung der Absichten der Regierung für den Übergang zur Demokratie dar".

Er zeigte einigen Optimismus hinsichtlich der letzten politischen Entwicklungen in Burma und meinte, "diese demokratischen Institutionen sind sehr neu, und ich kann einige positive Zeichen darin erkennen", dabei erwähnte er Diskussionen über eine mögliche Amnestie für Gefangene sowie die Einberufung einer Konferenz zur Begrenzung von Armut, die am Montag in Naypyidaw stattfand.

Er sagte jedoch, dass "der Wahlprozess einige wichtige ethnische und Oppositionsgruppen ausgeschlossen hat", und

dass trotz der Behauptung seitens der Regierung, dass das Parlament "der einzige Austragungsort für nationale Aussöhnung sei", die Gewaltanwendung in den Gebieten ethnischer Minderheiten fortgesetzt würde.

Quintana wurde die Eineise nach Burma verweigert, einem Land, in das einzureisen ihm unmöglich wurde, seit er im März 2010 die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen Menschenrechtsverletzungen in Burma beantragt hatte.

Seine Mission in Thailand erfolgte aufgrund einer Anforderung des UNO-Menschenrechtsrates und beinhaltet Besprechungen in Bangkok, Chiang Mai und Mae Hong Son, wo er sich mit dem thailändischen Aussenminister Kasit Piromya und dem burmesischen Botschafter in Thailand traf, wie auch mit anderen Interessenvertretern von Organisationen der Zivilgesellschaft und der kommunalen Ebene, sowie mit Experten, Angehörigen der UNO und Diplomaten".

Thailand stellt zur Zeit den Präsidenten des UN-Menschenrechtsrates, und Quintana lobte die thailändische Regierung für die gute Zusammenarbeit im Hinblick auf sein Mandat und seine Mission.

Quintana sagte, dass der thailändische Aussenminister den Wunsch seines Landes vorgebracht hätte, die burmesischen Flüchtlinge in Nordthailand zu repatriieren und neun Lager an der thailändischen Grenze zu schliessen, in denen sich rund 140.000 Flüchtlinge aufhalten. Es wurde jedoch kein Zeitrahmen genannt.

Vom The Irrawaddy befragt, ob er die thailändischen Behörden dahingehend beraten könne, welche Gebiete der Minderheiten für eine Rückkehr der Flüchtlinge angemessen wären, wiederholte Quintana seinen Kommentar über die ethnischen Regionen, fügte jedoch hinzu, dass sich sein Mandat lediglich auf Angelegenheiten "innerhalb Myanmars" bezöge.

Burma hat versucht, seine Kollegen in der Association for Southeast Nations (ASEAN) zu beeinflussen, ihm den Vorsitz des Blocks in 2014 zu ermöglichen, indem es auf Reformanzeichen der neuen Regierung verwies. Vergangene Woche jedoch zitierte die Associated Press den thailändischen Aussenminister Kasit dahingehend, dass Burma an sich "den ASEAN gegenüber in Bezug auf Glaubwürdigkeit, Seriosität und auch der Stellung innerhalb der Asean-Gemeinschaft verpflichtet sei".

Quintana sprach anerkennend über das Zusammenwirken mit den ASEAN, in-

dem er darauf hinwies, dass der Block "die Freilassung der politischen Häftlinge des Landes fordere".

Quintana sagte, dass der Grund für den Flüchtlingsstrom aus dem Karenni-Staat in Burma nach Thailand hinüber in dem neuen Wehrdienstgesetz zu suchen sei, das die Dorfvorsteher auffordert, der Armee Listen über alle verfügbaren Männer zu übergeben.

Quintana zufolge, könnte dies das burmesische Problem der Kindersoldaten verschlimmern, da viele Menschen aus den ethnischen Minderheitsgruppen ausserhalb urbaner Gebiete über keine offiziellen Papiere verfügten, was bedeutet, dass es keinen Weg gibt, auszuschliessen, dass nicht auch Minderjährige einberufen werden.

In der vergangenen Woche hat die burmesische Regierung tausende von Gefangenen entlassen, darunter 51 der 2.100 politischen Häftlinge des Landes.

Quintana tat die Entlassung jedoch als "einen Straferlass von nur einem Jahr" ab und fügte hinzu, dass die Regierungspolitik in den Gebieten der ethnischen Minderheiten "kein starkes Signal für eine nationale Aussöhnung" gesandt hätte, da es sich bei einigen der Häftlinge um "wichtige Interessenvertreter" handele wie z.B. die Führer von ethnischen Minderheiten.

Der Sonderbeauftragte sagte, dass er mit Aung San Suu Kyi per Telefon gesprochen habe, gab jedoch keine Einzelheiten über das Gespräch bekannt, ausser, dass sie die Forderung eines Untersuchungsausschusses unterstütze.

Quintana zufolge betrachten er wie auch Suu Kyi die Einberufung eines solchen Ausschusses einzig und allein für eine Untersuchung und nicht als ein Tribunal.

Danach befragt, ob er im Nachhinein eine solche Forderung besser privat gehalten hätte, was ihm die Erlangung eines Visums für Burma eventuell hätte erleichtern können, antwortete Quintana, „Menschenrechte können nicht verhandelt werden“.

THE BURMANET NEWS - April 30 – May 2, 2011 Issue #4189 - 02. May 2011 - "Editor" <editor@burmanet.org>, www.burmanet.org
Zin Linn <zinlinn@cscoms.com>, 0105.2011 - [NLDmembersSupportersofCRPPnNLDnDASSK] News & Articles on Burma
Asian Tribune, den 1. Mai 2011 - <<http://www.asiantribune.com/news/2011/04/30/civil-strife-will-nmlnns-inder-burma%F2%80%99s-new-president>>

Der Aufruhr unter der Bevölkerung wird unter Burmas Neuen Präsidenten andauern - ZIN LINN

Am 23. April hielt Burmas neuer Präsident Thein Sein während der ersten Konferenz in 2011 im Büro des Präsidenten in Naypyidaw eine Rede. Thein Sein unterstrich, dass es in einem Land mit mehr als 100 Rassen ohne Einheit nicht möglich sein wird, zu Frieden und Stabilität zu kommen. Deshalb muss die nationale Einheit Priorität für die Regierung haben.

Im Vergleich hierzu haben neuerliche Kämpfe der Streitmächte zu Feindseligkeiten mit verschiedenen bewaffneten ethnischen Truppen geführt. Ohne irgendwelche Bedrohungen von aussen hat die burmesische Armee die Truppenstärke auf über 400.000 Soldaten erhöht und gehört somit zu einer der stärksten in der Region. Die Streitmächte standen mit verschiedenen ethnischen Gruppen, die seit 1948 Selbstbestimmung verlangen, ständig im Konflikt.

Wie die Shan Herald Agency for News (S.H.A.N.) unter Berufung auf informierte Quellen an der chinesisch-burmesischen Grenze mitteilt, soll vor Kurzem die Armee des Vereinten Wa-Staates (United Wa State Army) und deren Verbündete, die National Democratic Alliance Army (NDAA), auch unter dem Namen Mongla bekannt, gestern, am 28. April, von der burmesischen Armee aufgefordert worden sein, bis morgen, den 30. April, ihre Stützpunkte ausserhalb des ausgewiesenen Territoriums zu verlassen.

Die Botschaft erfolgte über Telefon durch separate regionale Kommandanturen: Der Befehl an die UWSA in Panghsang wurde durch den kommandierenden Offizier der Kommandantur der Nordöstlichen Region (Lashio) ausgegeben, während die Aufforderung an die Mongla durch den Kommandanten der Kommandantur der Region im Triangle (Kentung) erteilt wurde. Lt. einer Quelle, die der Führung der Mongla nahesteht, ist die burmesische Armee bereit, Wa- und Mongla-Posten jederzeit anzugreifen, sollten sich die ethnischen Truppen nicht innerhalb der angegebenen Zeit von

ihren Stützpunkten zurückziehen.

Die United Wa State Army (UWSA) hat, so wird berichtet, alle Einheiten an der Frontlinie entlang des Salween-Flusses, die sie mit ihrem Alliierten, der Shan State Army (SSA) "Nord" teilt, in 24-stündige Alarmbereitschaft versetzt. Die Truppen der UWSA stehen ebenfalls in Alarmbereitschaft, um den Wa-Staat zu verteidigen, obwohl sie keinen Krieg will. Sie werden nicht den ersten Schuss abfeuern, sagte ein höherer Wa-Offizier.

Seit Herausgabe eines Ultimatus der Junta, das Programm der Grenzschutz zu akzeptieren, kämpft die SSA 'North' seit kurzem gegen die burmesischen Streitkräfte. Die SSA 'North' kämpft seit dem 13. März gegen die burmesische Armee. Ihr wurde das Ultimatum gestellt, sich bis Ende März von allen Stützpunkten, die sich ausserhalb des Hauptquartiers befinden, zurückzuziehen. Die letzten Auseinandersetzungen zwischen den beiden sollen zweimal in der Gemeinde Kehsi ausgetragen worden sein.

Die burmesische Armee hat lt. Quellen aus der SSA, mindestens 30 Tote und 100 Verwundete zu beklagen, während es in der SSA 4 Tote und 8 Verwundete gewesen sein sollen.

Wie Quellen der SSA weiter berichten, soll nach letzten Informationen der Kernstützpunkt der SSA-North Namlo in der Gemeinde Tangyan, dem Zugang zum verbündeten UWSA, am 15. März von der burmesischen Armee nach schweren Kämpfen, die fast einen halben Tag andauerten, eingenommen worden sein.

Die burmesische Armee beschuldigt sie des Vertragsbruchs des Abkommens von 1989, das besagt, dass sie keinerlei Rekrutierungen oder eine Ausdehnung des Territoriums vornehmen würde. Die UWSA-Führung diskutiert zur Zeit noch das Ultimatum in einer Notfallsitzung.

Zwischenzeitlich hat sich die NDAA bereits aus zwei ihrer taktischen Basen in Wan Kho und Pong Hiet in der Gemeinde Mong-Yawng in den östlichen Shan-Staaten, beiderseits des westlichen Ufers des Mekong zurückgezogen. Die Basis Wan Kho wurde am 27. April von der burmesischen Armee eingenommen. Wie die Shan Herald Agency for News berichtet, sollen sich die Truppen der NDAA gestern aus Pong Hiet zurückgezogen haben.

Einer Quelle zufolge sollen die burmesischen Streitkräfte mit einer Truppenstärke von 100 Soldaten gekommen sein und die Gruppe am Morgen, ohne einen Schuss abzugeben, umzingelt haben. Nachdem die Truppen der NDAA das Gebiet am Abend verlassen hatten,

übernahmen Soldaten des Bataillons der Leichten Infanterie (LIB) 573 den Stützpunkt in Mongphyak.

Im März 2010 versuchten chinesische Verteidigungsbeamte, die sich verschlechternden Beziehungen zwischen der UWSA und der regierenden Militärjunta zu verbessern, die wiederholt die Wa aufgefordert hatte, den Plan einer Grenzschutz zu akzeptieren. Trotz der Tatsache, dass keine Einzelheiten bekannt sind, berichten Quellen, dass China erneut den Versuch unternimmt, die Junta von der Zwecklosigkeit eines Krieges gegen die UWSA zu überzeugen.

Wie eine Quelle an der chinesisch-burmesischen Grenze berichtet, wurden vor kurzem zwei der Anti-Grenzschutzgruppen - die United Wa State Army (UWSA) und die National Democratic Alliance Army (NDAA) - von China angewiesen, sich keiner der Gruppen, die in Opposition zur Junta stehen - anzuschliessen. Falls doch, würden sie sich Angriffen ähnlich wie die Kachin Independence Army (KIA) und die Shan State Army (NNS) North ausgesetzt sehen.

Beobachter glauben, dass die Junta nicht stark genug ist, um gleichzeitig eine Offensive gegen die verschiedenen ethnischen Gruppen zu starten. Gegenwärtig hat die Militärjunta mehr Truppen entlang des Salween-Flusses verbracht, um mögliche Verbindungen zwischen UWSA und SSA 'North' zu unterbinden. Die SSA ist westlich und die UWSA östlich des Salween aktiv.

UWSA und NDAA sagen, dass sie vier Prinzipien aufrecht erhalten wollen: nicht zu kapitulieren, sich nicht eher der BGF (Border Guard Force - Grenzschutz) anzuschliessen, bis ihren Autonomiebestrebungen Rechnung getragen wird, nicht zuerst zu schießen; aber sie sind bereit, sich zu schützen.

Die Junta besteht jedoch auf dem Dogma, dass es nur eine Armee in der Heimat geben darf, und dass diese Klausel in der ungerechten Verfassung von 2008 verankert ist, die ohne die Zustimmung der Streitkräfte nicht geändert werden darf.

Im Lichte des derzeitigen Wahlforschungsszenarios in Burma ist eine bewaffnete Revolte noch das einzige realistische Mittel, um das lebenswichtige Ziel der wirtschaftlichen Eigenversorgung und der Unabhängigkeit zu erreichen. Die NLD - die die Wahl von 1990 gewann, vom Militär aber an der Machtübernahme gehindert wurde - hat die Wahl des 7. November boykottiert, die sie als undemokratisch und ... ↗

... ↷ Fälschung betrachtet.

Westliche Staaten wie auch Menschenrechtsgruppen haben bestätigt, dass die Wahl unfair war, weil das Regime die National League for Democracy und die Shan League for Democracy von den letzten Wahlen ausgeschlossen hat.

Als Ergebnis, so sagen Analysten voraus, wird es dem gegenwärtigen Regime des Präsidenten Thein Sein nicht gelingen, die Unterstützung der Bevölkerung der verschiedenen Ethnien zu erlangen; sie wird sich im Gegenteil in der nahen Zukunft politischer Missachtung und bewaffneter Aufständen gegenüber sehen.

Tin Kyi <mtinkyi7@yahoo.com>, NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSKJ Burma Related News - May 04, 2011 - Wed, 04. May 2011

The Asian Tribune, Mittwoch, den 04.05.2011 - <<http://www.asiantribune.com/news/2011/05/04/burmese-perspective-osama-bin-laden-dead-burmese-hope-spread>>

Eine burmesische Perspektive: Osama ist tot, die burmesische Hoffnung wächst

- KANBAWZA WIN

Burma (jetzt unter dem chauvinistischen Namen Myanmar geführt), das den Ehrgeiz hat, mit Hilfe Nordkoreas die erste Atommacht zu werden, ist bekannt für seine berüchtigten groben Menschenrechtsverletzungen, und die Welt weiss, dass seine mutige Lady, Daw Aung San Suu Kyi, sich gegen die regierenden Generäle behauptet.

Auf privaten wie auch öffentlichen Foren, diskutieren weiterhin viele der Kaffeesatzleser wie auch selbsternannte Burma-Experten, die sich für das Land interessieren, ohne dabei ihren Finger in die einzige fundamentale Wunde zu legen, nämlich die tägliche Not und die düstere Zukunft des Landes.

Es ist bedauernd, dass die internationale Gemeinschaft seit mehr als einem halben Jahrhundert versucht, die burmesische ethnische Krise zu verstehen oder zu lösen, weil ihre Herangehensweise sich auf einer völlig falschen Plattform bewegt und Burma als monolithischen Block konstruiert. Bis man das burmesische Problem aus seiner richtigen Perspektive sehen kann, besteht deshalb wenig oder keine Hoffnung auf ein Verständnis für Burma. Selbst in der ethnischen Geschichte Myanmars, ausser während der Regierung dreier Kriegerkönige, wurde das Land niemals als ein vereintes Ganzes regiert und konnte als ein geeintes Land gesehen werden.

Sollte deshalb die heutige Geschichte Burmas aus der Perspektive eines geeinten Landes untersucht werden, das 1850 unter den Stiefel des britischen Kolonialismus geriet, dann wäre dies völlig falsch.

Bevor Britannien Burma annektierte, war es eine Ansammlung von Fürstentümern, jedes mit einem ethnischen Stamm und Rasse, mit eigener Verwaltung. Offensichtlich waren die Myanmar als vorherrschende Rasse zahlreicher, und als sie stark waren, eroberten sie andere ethnische Nationalitäten, genauso wie andere Rassen, wie z.B. die Arakanesen, Mon und Shan ihrerseits die Myanmar erobert hatten und sie regierten. Deshalb dauerte es lange nach der Eroberung Burmas durch die Briten, das Land zu befrieden, da sie eine Rasse nach der anderen bezwingen mussten als Myanmar bereits die Hände vor den Briten erhoben hatte.

Während der Zeit der britischen Kolonisation gab es so etwas wie ethnische Konflikte in Burma nicht, da über Jahrhunderte eine Ethnie friedlich mit der anderen lebte. Als Britannien bereit war, dieser Region die Unabhängigkeit zu gewähren, war die Mehrheit der ethnischen Nationalitäten bereit, eine Union zu bilden, die sie 1947 in der kleinen Stadt Panglong in den Shanstaaten durch die Unterschrift eines Abkommens begründeten, ein Jahr (1948) bevor Burma als unabhängiger postkolonialer Staat entstand. Das Abkommen war durch die Chefs, die die verschiedenen territorialen Gebilde vertraten, unterzeichnet worden. So entstand die Burmesische Union. In diesem Sinne wird historisch wie auch konzeptionell der ethnische Konflikt besser als ein politischer Konflikt gegen das herrschende Militär, anstatt als Konflikt zwischen sich bekriegenden ethnischen Gruppen beschrieben. Der Konflikt ist zu allererst ein Konflikt zwischen dem herrschenden Militär, das in Burma eine monolithische Staatskontrolle ausübt und den ethnischen Nationalitäten. Es ist ein vertikaler Konflikt zwischen dem Staat und verschiedenen als ethnisch definierten Gesellschaften. Es ist ein Konflikt darüber, wie der Staat konstituiert sein soll und wie die Beziehung zwischen den ihn konstituierenden Gesellschaftsteilen und dem Staat geordnet sein soll. Es handelt sich nicht darum, dass sich ethnische Anteile untereinander bekriegen und töten, noch stehen secessionistische Impulse dahinter. Wenn man Burmas Geschichte seit 1948 betrachtet, kann eine seit langem bestehende und ernstlich dysfunktionelle Beziehung zwischen dem Staat und der weiteren Gesellschaft festgestellt werden, die nach fünf Dekaden monopolistischer Militärrherrschaft aufgebrochen ist. Daher ist das Wort Myanmar politisch wie auch phonetisch falsch. (Es

wird ursprünglich Myanmar geschrieben).

Um den ethnischen Konflikt zu verstehen, ist es notwendig, die Themen konzeptioneller Unterschiede anzuschauen, die konstitutionelle Krise, nationale Identität, Mehrheit-Minderheit-Konfiguration und andere drängende Themen, wie grobe Menschenrechtsverletzungen, Folter, ethnische Säuberung, Drogen und Umweltbehandlung. Die sich ablösenden Militärregime, in denen die chinesischen Myanmar die Vorherrschaft hatten, einschliesslich der herrschenden Junta, betrachten Burma als eine seit 1044 n.C. vereinte Nation. Daher werden alle Nicht-Myanmar, wie die Shan, Chin, Kachin, Arakanesen, Mon, Karen und Karenni - als ethnische Nationalitäten angesehen, die kontrolliert und unterdrückt werden müssen, andernfalls sie das Land ruinieren. Das ist es, was der grösste Teil der Internationale und der Welt versteht oder begreift, und das ist es auch, was die meisten der chauvinistischen Myanmar unter Führung der Generäle der Welt vorspiegeln. **Dies ist die Crux des burmesischen Systems.**

Auf der anderen Seite sind einige der gebildeten und wohlmeinenden Myanmar, besonders diejenigen aus Oberburma, die sogenannten Ah Nyar, und alle Nicht-Myanmar, der Überzeugung, dass es sich bei der Burmesischen Union um ein neugebildetes Territorium handelt, das durch ein Abkommen, dem Panglong-Abkommen, gegründet wurde, in dem unabhängige Territorien sich als gleichberechtigte Partner zusammenschlossen, um die Unabhängigkeit von Grossbritannien zu erlangen, und dies ist, was General Aung San (Vater von Aung San Suu Kyi), der Architekt des modernen Burma, sich vorstellte. Unter diesen konzeptionellen Unterschieden macht sich das burmesische Militär daran, die "nationale Souveränität" und die "nationale Einheit" koste es was es wolle, einzuführen. Dies, seinerseits, führt zu offenem Konflikt, was wiederum zu mehr Unterdrückung und grobe Menschenrechtsverletzungen führt. Die Intoleranz des Militärs und seine Anmassung der "rassischen Überlegenheit" sowie politische Herrschaft und Kontrolle sind grenzenlos, und der Höhepunkt kann daran abgelesen werden, wie es sich weigerte 1990 die Macht an die Sieger der landesweiten Wahlen zu übergeben.

Fast alle Nicht-Myanmar und die prodemokratische Bewegung sind sich darin einig, dass der ethnische Konflikt, sowie die Reform des Sozialen, der Politik und der Wirtschaft nicht voneinander getrennt werden dürfen, da sie beide Seiten der Medaille darstellen. Und die ... ↷

... einzige Lösung und Antwort ist, die Verfassung von 1947 in Übereinstimmung mit dem Panglong Abkommen zu ändern, in dem Gleichberechtigung, freiwillige Teilnahme und Selbstbestimmung die Grundlage für eine Föderale Republik der Burmesischen Union abgeben, oder in anderen Worten eine wirkliche Burmesische Union bilden. Die ethnischen Waffenstillstandsgruppen, besonders im Falle der Kachin Independence Army (KIA - Kachin Unabhängigkeitsarmee) und der United War State Army (UWSA - Armee der Vereinigten Wa-Staaten) sind ein solcher Stolperstein. Sollte man darüber Forschungen anstellen, dann hiesse das, dass nach einem Vorschlag der KIA diese alle ihre Waffen abgeben würde, wenn die Junta im Gegenzug die Prinzipien des Panglong-Abkommens anerkennt.

Burmas Problem liegt nicht nur allein in der Führung, Politikversagen, nichtfunktionierende Institutionen, Rechtsverletzungen oder zersplitterter Oppositionsbewegungen, sondern auf einem auf der ganzen Linie pathologischen Prozess innerer Kolonisation, und diesmal durch das eigene Militär. Dies ist ein Evolutionsprozess, der seit dem Putsch von 1962 in Bewegung gesetzt wurde und der entschieden eine Einparteiens-Militärherrschaft gegründet hat, in der Militär und Staat nicht voneinander getrennt werden können. Burma hat sich in der Tat in eine duale Kolonie entwickelt, in der eine Bevölkerung von mehr als 55 Millionen Bürgern durch die Orwellsche Roadmap der "7 Schritte zur Demokratie" in einpolitisches Gelände getrieben wurde. Die regierende Militärclique, gestützt durch eine 400.000 Mann starke Armee, wird weiterhin alle Entscheidungen mit massiven sozialen und ökologischen Konsequenzen für die gesamte Bevölkerung bestimmen; nur werden diesmal die Entscheidungen auf der Grundlage eines soliden Verfassungsmandates getroffen werden und in Übereinstimmung mit den Landesgesetzen.

Diese kleine Menschengruppe unterzeichnet weiter eine nichteinlösbare kurzsichtige und toxische Version von Ethno-Nationalismus, die Burma nach dem alten feudalen Vorbild umgestaltet, in dem die Mehrzahl der "Myanmar-Buddhisten" so wie sich diese Männer in Uniform definieren, in ihrer Vereinten Republik Myanmar gleichberechtigter sein werden. Wie bereits zuvor gesagt, leiten sie ihre Philosophie, wenn nicht gar ihre Hoffnungen von drei Kriegerkönigen ab, die drei burmesische Dynastien gründeten, indem sie nicht nur alle bestehenden ethnischen Nationalitäten bezwangen, sondern auch Teile des benachbarten Thailands, Indiens und des gegenwärtigen Chinas unterwarfen (jedes Jahr führt die Parade Kolonnen von Soldaten an

den neuerrichteten Statuen der drei prominentesten Kriegerkönige der burmesischen Geschichte vorbei: Anawratha, Bayinnaung und Alaungpaya), was ihre Kolonisation der ethnischen Nationalitäten, besonders an der Peripherie rechtfertigt.

Unnötig zu sagen, dass die Generäle zur ethnischen Einheit Lippenbekenntnisse ablegen und einen nominellen Raum für ethnische Völker schaffen und dabei gleichzeitig das alles überspannende "Spalte und Beherrsche" praktizieren. Die regierenden Generäle haben den föderalen Geist ethnischer Gleichberechtigung verworfen, und widersetzen sich heftig jedem Versuch, zu einer echten föderalen Union zu gelangen. Sie haben das Panglong-Abkommen von 1947 für tot erklärt, das das Gründerdokument eines modernen postkolonialen Burmas ist, indem ethnische Gleichberechtigung als unantastbare Säule eines multiethnischen Burmas verankert ist. Deshalb wird unter der neuen Kononialherrschaft durch das eigene Militär, kontrolliert, unterworfen oder vernichtet.

Daw Aung San Suu Kyi und ethnische Führer, ob bewaffnet oder nicht, befinden sich auf einem unvermeidbaren Kollisionskurs mit Burmas Militärjunta. Denn sie haben wiederholt die nationale und ethnische Aussöhnung gefordert, wie auch ein echtes öffentliches Bekenntnis zu interethnischen Solidarität, das Letzte, was irgendeine Kolonialmacht wünschen oder tolerieren könnte, wäre soziale und ethnische Solidarität unter den Volksgemeinschaften, Regionen und Klassen.

Für diejenigen, die die heraufkommenden parlamentarischen und formal politischen Prozesse als den einzigen Raum angesehen haben, in dem die Stimme des Volkes gehört werden kann, wo Politik debattiert und öffentliche Wohlfahrt vorangetrieben werden kann, wird es Zeit für ein ernsthaftes Überdenken und Gewissensüberprüfung. In einer Politik, in der die Machthaber tatsächlich nichts anderes akzeptieren können als totale Unterwerfung, wo Politik als erweiterter Krieg angesehen und alles durch die Null-Summen-Linse betrachtet wird, wird es notwendig, sich auf eine Seite zu stellen. Es gibt keine Grauschattierungen in irgendeinem kolonialen Phänomen. Die Schlachtlinie ist klar gezogen. Die Kolonialiserten müssen ausgebeutet, zerstört, unterworfen oder einverleibt werden.

Natürlich sehen sich die Generäle nicht als "einheimische Kolonisatoren". Sie sehen keine Notwendigkeit für Aussöhnung mit irgendeiner Person, Organisation oder Gemeinschaft entlang der ethnischen oder politischen Linie. Kurz, sie

haben nichts Unrechtes getan, und sie können kein Unrecht begehen. Denn sie sehen sich als die alleinige Hüter des Landes, unberührt des Makels der Partisanpolitik. Mehr noch, sie sind die einzigen Patrioten im Lande und bereit, ihr Leben zu lassen, während es sich beim dem Rest um Parasiten handelt, die von der Arbeit der Armee profitieren und nicht den Schimmer eines Patriotismus besitzen. Verbal sind sie der abstrakten Idee einer multiethnischen Nation verbunden, während sie in der Praxis diese Idee mit Füßen treten. Und sie vertreten eine absolutistische Auffassung von Souveränität, in der das Militär und nicht das Volk, in dessen Namen es besteht, der Souverän ist.

Um aufrichtig zu sein, sie lieben das Land, aber sie können die Menschen nicht ausstehen, besonders diejenigen nicht, die sich weigern, ihrem Entwurf für den Rest des Landes zu folgen. Politische, aufsässige ethnische Gesellschaften und 2.100 politische Häftlinge kommen in den Sinn. Ihre Politik dreht sich um die Wiedererlangung und Vervollständigung des Prozesses der Wiederherstellung von Macht über die ethnische burmesische Mehrheit, besonders der Kaste der Soldaten, über die übrigen ethnischen Nationalitäten - ein Prozess, der nur im 19. Jahrhundert durch die Niederlage der vergangenen Königreiche gegen Grossbritannien unterbrochen wurde. Fast 70 Jahre nach der Unabhängigkeit hat das Militär seine eigene Version einer lokalen Kononialherrschaft entwickelt, die als Verfassungsmandat der regierenden Klasse dient, und in der der Rest der Zivilgesellschaft, besonders die ethnischen Nationalitäten und das gemeine Volk als Menschen zweiter Klasse angesehen werden.

Als die Generäle vor 20 Jahren eine Waffenstillstandsstrategie mit mehr als einem halben Dutzend verschiedenster ethnischer bewaffneter Widerstandsorganisationen einleiteten, taten sie dies nicht mit dem wirklichen Wunsch auf Aussöhnung, sondern sie verfolgten die Strategie, einer Solidarität zwischen den Ethnien und der von Daw Aung San Suu Kyi geführten Mehrheit zuvorzukommen, deren Aufruf zu einer 2. Panglong-Konferenz sie alarmierte. Jetzt, nachdem es wahrscheinlich ist, dass sich einige der wichtigsten Waffenstillstandsabkommen auflösen, hat die Prävention der interethnischen Einigung höchste Priorität für das Regime erlangt.

In der gesamten modernen Geschichte ist von keiner Kolonisation bekannt, dass sie jemals den Kolonisierten politische Prozesse oder Institutionen angeboten hätten, die dazu führen oder diese untergraben, dass so breit an- ..

... gelegte kolonialisatorische Ziele wie die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes, der Arbeit oder natürlicher Ressourcen, oder die politische Dominanz und Unterwerfung der Völker, die unter der Kolonialherrschaft stehen, wie auch die Kontrolle des kulturellen und intellektuellen Lebens der Kolonien, zurückgenommen werden. Gleichgültig, ob man dabei an die formelle und klassische Version denkt, die sich grösstenteils durch das gegenseitige Abschlichten während zweier Weltkriege im 20. Jahrhundert auflösten, oder die nachfolgende und neuere Version, die für den Kalten Krieg charakteristisch war, Wesen, Ziel und Natur der Kolonialherrschaft bleiben gewissermassen dieselben.

Humanitäre Unterstützung, Entwicklungshilfe, ausländisches Direktinvestment, zunehmender Handel oder Wirtschaft könnten für jede systemrelevante Bemühung notwendig sein, verarmte Drittwelt-Nationen wieder aufzubauen, die nach Dekaden des Krieges und Konflikten aufstreiben. Aber sie sind kein Ersatz für die Bildung interethnischer und Klassensolidarität, auf die ein generationsübergreifender politischer Widerstand, bewaffnet oder gewaltfrei, je nach eigenem Standort, erfolgen muss.

Tatsache ist, dass der koloniale Zustand in der Union of the Republic of Myanmar sich zwischen öffentlicher Wohlfahrt, internationaler Hilfe und zunehmend ausländischem Investment bewegt, das dank der wirtschaftlichen Plünderung durch Burmas regionale Freunde wie Indien, China und den Ländern der ASEAN, in die Billionen geht. Deren asiatische Werte geben wirtschaftlichem Wohlstand den Vorrang vor der Freiheit des Volkes wie aus ihrer Asian Constructive Engagement Politik (asiatischen konstruktiven Politik der Verpflichtung)

abzulesen ist. Bei dem nächsten Treffen der ASEAN werden die Vertreter Myanmars, gut für die Internationale Gemeinschaft zu sehen, schmuck mit ihren flatternden Gaung Baun Sa sitzen (der kleine Zipfel ihrer Kopfbedeckung dient als Beweis, dass sie ihre Uniform abgelegt haben). Solange die Junta nicht den politischen Willen aufbringt, die mehr als 2000 politischen Gefangenen freizulassen, einen landesweiten Waffenstillstand auszurufen und Gespräche mit allen politischen Beteiligten für eine nationale Aussöhnung vorzubereiten, besonders mit Aung San Suu Kyi, solange ist sie nicht berechtigt, eine hervorgehobene verantwortliche Rolle auf der regionalen Bühne zu übernehmen. Es darf nicht vergessen werden, dass dies ein Land ist, für deren Führer zunehmend eine volle Untersuchung gefordert wird wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Bald werden die asiatischen Werte bestimmt werden von den bevölkerungsreichsten Ländern Indien und China, deren gemeinsame Bevölkerung und Wirtschaftsstärke grösser sein wird als die der Weltbevölkerung und -wirtschaftsmacht, und diese werden bald über die Freiheit der Menschen und Demokratie triumphieren. Ob der Westen unter Führung der USA und der EU bereitstehen, wird sich an Burma als Testfall zeigen. Warum soll die Politik der ethnischen Säuberung der Junta Myanmars ungestraft bleiben? Aber noch wichtiger ist die Frage, wird es die Internationale Gemeinschaft Burma erlauben, sich wie Nordkorea und der Iran mit Atomwaffen in die Schurkenstaaten einzureihen?

Das ethno-demokratische Band zwischen der ethnischen Mehrheit Myanmars und der Ruf der ethnischen Nationalitäten durch Daw Aung San Suu Kyi nach einer zweiten Panglong-Konferenz,

die zur nationalen Aussöhnung und inter-ethnische Solidarität gegen Unterdrückung führen soll, stellen die grösste Bedrohung für die herrschende Junta dar. Es ist eine Frage der Zeit für Aung San Suu Kyi, eine freie Bürgerin zu bleiben. Das burmesische Problem mag komplex erscheinen, aber soweit es die Strategie des Regimes betrifft, ist es ein einfaches, lang erprobtes "Spalte und Herrsche".

Jetzt, da Osama bin Laden tot ist, was bedeutet, dass das Rückrat der Al Quaida gebrochen ist und den Kampf der arabischen Völker zu sehen, wie in Ägypten, Tunesien, Libyen, Syrien, im Yemen und Bahrain, fragt man sich, ob der Westen bereit ist, Burma zu helfen, das die Junta als ewige Sklaven des Militärs betrachtet. Die Hoffnung wächst, selbst während die Menschen in Burma wissen, dass der einzige Weg für die Oppositionsbewegungen im besonderen und multi-ethnischen Gesellschaften im allgemeinen, diese einheimischen Kolonisatoren zu besiegen, in der inter-ethnischen Solidarität und der Solidarität der Klassen liegt.

Sie bemühen sich ihrerseits, dass die Nordalliance (Kachin, WA und Shan) nicht nur mit der Südalliance (Karen, Karenni, Mon, Rakhing und Chin) freundschaftlich zusammenarbeitet, sondern auch mit Daw Aung San Suu Kyi und der NLD als Alternative zur Marionettenregierung der Junta, und hierzu benötigt das burmesische Volk internationale Unterstützung, und dann und nur dann wird Than Shwe bald Burmas Osama-bin-Laden sein.

Folgende Bücher können Sie über Burma Büro e.V., Köln erwerben:

ဆရာတင်မိုး
ခွတ်ဒေါင်းအလံခေါ် ရာသီ
[လွတ်မြောက်ရေးကဗျာများ]

Gedichte
 Von Saya Tin Moe
 (80 Seiten) in burmesisch Euro 5.- + Porto

Sie wollen die Menschen in Burma auf ihrem Weg zu Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechten unterstützen?

Dann unterstützen Sie die Arbeit des Burma Büros – zum Beispiel als Mitglied oder Förderer/ Förderin unseres Vereins.

Nähere Informationen zu uns, zur Mitgliedschaft und zu den Fördermöglichkeiten erhalten Sie, wenn Sie diesen Coupon an das **Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln** schicken.

Name:

Adresse:

Tel./Fax:

e-Mail:

Bemerkungen:

Übrigens: Spenden auf unser Konto sind steuerlich absetzbar.
 Spendenkonto: Postbank, Dortmund, Kto.Nr.: 45 45 31 468 BLZ: 440 100 46
 Hrg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470 e-Mail: burmaburo@netcologne.de
<http://www.burmabureaugermany.com>